

Hochschulen nach der Pandemie

Spielräume der akademischen Freiheit neu ausloten

Die Corona-Pandemie hat den enormen finanziellen Bedarf der Hochschulen für ein zukunftsfähiges Lehr-Raum-Konzept offengelegt. Sie hat auch gezeigt, dass an den Hochschulen ein Kulturwandel vonstattengeht, der die Spielräume der akademischen Freiheit neu vermisst. Beides steht in einem engen Zusammenhang, muss zusammen gedacht werden und wird von der SPD unterstützt und gefordert.

Ein erstes Bilanzziehen an den Hochschulen zeigt auch, wie viel Innovationsfreude, Hands-on-Mentalität und Can-do-Attitude aktiviert werden konnte. Insbesondere da, wo die Bewältigung der Pandemie an den Hochschulen nicht durch den Wunsch nach vorheriger Absicherung durch das Wissenschaftsministerium geprägt war, haben Hochschulen ein hohes Maß an kreativer Dynamik entwickelt. Diese gilt es aufrecht zu erhalten, damit die baden-württembergischen Hochschulen jetzt so aufgestellt werden können wie es ihrem Anspruch gerecht wird.

Unter anderem mit den Erkenntnissen, welche die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg bei der Veranstaltung „Lehren aus der Pandemie für die Hochschulen“ am 3. Juni 2022 gewonnen hat, möchte sie in diesem Papier folgende Positionen zur Hochschulwelt in unserem Bundesland einnehmen und mit Forderungen untermauern:

1. Digitale Lehre nachhaltig gewährleisten

Die markanteste Veränderung, welche die Pandemie für die Hochschulen mit sich brachte, war die Umstellung auf digitale (Fern-)Lehre. Vom einfachen Streamen einer Vorlesung über die Nutzung digitaler Whiteboards und Break-out-Rooms bis hin zum „Nachschauen“ aufgezeichneter Veranstaltungen hat sich eine räumliche und zeitliche Entkoppelung des Lehr-Lern-Prozesses Geltung verschafft, den viele Studierenden und Lehrende nicht mehr missen möchten. Auch hat diese Art des Lehrens vielen Lehrenden und Studierenden digital unterstützte pädagogische Konzepte nähergebracht, die nicht mehr nur aus Vorlesung, Seminar und Übung bestehen, sondern Input und Aufbereitung zeitlich und örtlich getrennt voneinander stattfinden lassen. Diese digitalen Konzepte müssen mit entsprechenden Weiterbildungsangeboten für Lehrende ausgebaut werden. Nicht erst seit der Pandemie ist dies die Aufgabe von Einrichtungen wie dem Hochschulnetzwerk Digitalisierung, den Hochschuldidaktikzentren oder der Geschäftsstelle der Studienkommission für Hochschuldidaktik. Diese Einrichtungen müssen personell und finanziell gestärkt werden.

Als teuerste Maßnahme im Kontext der Anpassung an mehr digitale Lehre kann die Raumfrage gelten. Zum hohen Sanierungs- und Ausbaudruck, unter dem die Hochschulen sowieso schon stehen, kommt nun

die Anpassung von Raumkonzepten an die in der Pandemie gewonnenen Erkenntnisse hinzu. Sie müssen zu einer Änderung der Raumbemessungsgrundlagen führen. Die SPD setzt sich ein für eine personelle Stärkung von Vermögen und Bau, damit Verwaltungsprozesse verkürzt werden, mehr Autonomie in Bau- und Finanzierungsfragen bei den Hochschulen vor Ort sowie in Einzelfällen größerer Bauvorhaben für die Einrichtung von Projektgesellschaften. Die Notwendigkeit für diesen Ausbau und die Weiterbildungsangebote ergibt sich, da zukünftig ein Teil der Lehre als digitale Lehre angeboten werden soll. Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Verhältnis, wird sicherlich einer der schwierigsten Aushandlungsprozesse im Nachgang der Pandemie werden. Er betrifft das Selbstverständnis der Hochschulen als Präsenzhochschulen, er betrifft die Anschlussfähigkeit der Hochschulen an Partnerhochschulen in anderen Ländern, die Fernlehre erforderlich macht, er betrifft den Druck immer kleinteiligere Bildungsangebote zu unterbreiten. Grundvoraussetzung, um die innovative Kraft der digitalen Lehre zu nutzen, ist die Gleichwertigkeit mit Präsenzlehre in der Lehrverpflichtungsverordnung bei der Erstellung, Betreuung und in der Lehre. Damit diese Anpassung überhaupt diskutiert werden kann, muss zunächst die Summe der Semesterwochenstundenzahl der Lehrenden von der zwingend anzubietenden Studienplatzzahl entkoppelt werden. Unbestritten stellt das Angebot von digitaler Lehre in der freien Entscheidung der Lehrenden eine Ausreizung der Freiheit der Lehre und eine Zumutung für die Hochschulleitungen dar. Dieser kann aber mit einem konsequenten Qualitätsmanagement in der digitalen Lehre begegnet werden. Dieses Qualitätsmanagement muss auch den Datenschutz aus Sicht aller Beteiligten am Hochschulleben berücksichtigen.

Klar sein muss, dass mehr digitale Lehre nicht im Widerspruch zu mehr sozialem Leben auf dem Campus steht.

2. Studierende stärken

Die Pandemie hat auch zu Tage gefördert, wie wichtig das Campusleben für das psychische Wohlbefinden der Studierenden und somit auch für deren Studienerfolg ist. Die späte Reparaturmaßnahme der Landesregierung, die psychosozialen Beratungsstellen an den Studierendenwerken zu erhöhen, hat ein Schlaglicht auf ihre bis dahin vorherrschende Ignoranz gegenüber den Studierenden in der Pandemie geworfen. Diese Erhöhung trifft auf ein grundsätzlich ausbauwürdiges System psychosozialer Beratung an den Studierendenwerken, für das sich die SPD einsetzt.

Auf Bundesebene hat die Novellierung des BAföGs auf die Erkenntnis aus der Pandemie reagiert, wie viele Menschen an unseren Hochschulen in prekären Verhältnissen studieren. Die Landesregierung muss jetzt sicherstellen, dass das verbesserte Angebot auch angenommen wird. Zudem muss Grün-Schwarz die Studierendenwerke in die Lage versetzen, alle zusätzlichen Anträge in einer angemessenen Zeit bearbeiten zu können. Eine weitere Verbesserung des BAföGs ist dringend geboten und von der SPD-geführten Ampelkoalition auf Bundesebene auch geplant.

Mit dem Lockdown waren auch die Studierendenvertretungen auf einmal weiter von den Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen an ihren Hochschulen entfernt als zuvor. Auch hier gibt es

Verbesserungspotenzial bei der Belastbarkeit der Mitwirkungsstrukturen. Als Vorschlag bringt die SPD ein studentisches Rektoratsmitglied ein. Im Gegenzug muss es aber eine stärkere Mobilisierung aus der Studierendenschaft geben, sich in hochschulische Verwaltungsprozesse einzubringen.

3. Rahmenbedingungen für Gleichstellung konsequent ausbauen

Insbesondere Frauen waren die Leidtragenden in der Pandemie. Gleichstellung dürfte das eindrücklichste Beispiel dafür sein, dass die Pandemie keine neuen Herausforderungen geschaffen hat, aber politische Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt: Gleichstellungsbeauftragte, Kaskadenmodell, Gleichstellungspläne. Den Hochschulen steht ein ausdifferenzierter Instrumentenkasten zur Besserstellung von Frauen in der Wissenschaft zur Verfügung. Angesichts der Bemühungen der letzten Jahrzehnte könnten wir aber schon weiter sein. Die SPD sieht das Problem in der mangelnden Konsequenz bei der Umsetzung. Deswegen tritt sie für eine Quote bei der Berufung von Professorinnen ein, konsequenterweise dann auch für den Ausbau der Habilitationsprogramme für Frauen auf Landesebene und des Professorinnenprogramms des Bundes. Zudem muss das Mitspracherecht der Gleichstellungsbeauftragten bei den Berufungen ausgebaut werden. Mehr noch als „echte“ Teilzeitangebote für Eltern dürfte der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung an den Hochschulen zu einer höheren Vereinbarkeit von Familie und Forschung sowie Studium führen.

3. Aktive Fehler- und Problemlösungskultur etablieren

Handeln war für viele Rektor:innen das Gebot der Stunde zu Beginn der Pandemie. Rechtliche Risiken sowie unklare Finanzierung waren dabei zu tragende Risiken bzw. Vorleistungen. Das so halb erzwungene, halb angenommene Heraustreten aus der hochschulischen Komfortzone hat die Hochschulen belebt und Lösungen hervorgerufen, die würdig sind, beibehalten zu werden, insbesondere im Bereich der digitalen Lehre. Diese so gefundenen Lösungen müssen aber jetzt mit dem Wissenschaftsministerium zusammen auf rechtlich sichere Beine gestellt und finanziell abgesichert werden, das betrifft u.a. die Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO), die digitalen Prüfungen, das Homeoffice für die Mitarbeitenden. Mehr noch ist aber in vielen Hochschulen dadurch eine Kultur entstanden, die Fehler nicht sofort sanktioniert, sondern sie als Experimente mit offenem Ausgang sieht und so Teil einer Fehler- und Problemlösungskultur ist, die das Beschreiten von Wegen akzeptiert, auch wenn sie im Rückblick zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt haben. In der wissenschaftlichen Praxis macht dies einen großen Teil guter Arbeit aus. Eine solche Problemlösungskultur benötigt Freiraum, in Form von Zeit und Geld.

Mehr noch benötigt sie aber eine Kommunikationskultur, die neuen Ideen offen gegenübersteht. Nicht zu verschweigen ist, dass dadurch auch verstärkt Konflikte über die Ungleichbehandlung von einzelnen Hochschulen der gleichen Hochschulart moderiert werden müssen oder auch mehr juristische Auseinandersetzungen drohen. Darauf muss das Wissenschaftsministerium vorbereitet sein.

Die SPD ist davon überzeugt, dass flachere Hierarchien, wie sie z.B. eine Departement-Struktur in der Hochschulverwaltung schaffen würde, einer solchen Kommunikations- und Innovationskultur zuträglich wäre.

Forderungen für und aus dem Hochschulbereich neigen dazu, letztlich auf die Forderung nach mehr Geld und mehr Entscheidungsfreiheit für Rektor:innen hinauszulaufen. Mit diesem Papier will die SPD-Landtagsfraktion über diese Reduzierung hinausgehen und zeigen, dass von allen Hochschulmitgliedern, der Hochschulverwaltung und dem Wissenschaftsministerium eine Kommunikationskultur ausgebaut werden muss, die Innovationen würdigt und ihnen Raum gibt, Fehlschläge nicht bestraft sowie den Ressourceneinsatz flexibler gestaltet. „Nach der Pandemie“ stellt einen Moment für die Hochschulwelt dar, in dem notwendige Veränderungen offen vor uns liegen und auch die Gefahren bekannt sind, zu denen Nicht-Handeln führt.

Stuttgart, den 05.07.2022

Gabi Rolland MdL, für den Arbeitskreis Wissenschaft, Forschung und Kunst